

Totalitäre Regime fürchten
GfbV-Menschenrechtsarbeit

Wie China die GfbV in den Vereinten Nationen mundtot machen wollte



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Text: Ulrich Delius

Transkription der 17. Sitzung des Komitees für Nichtregierungsorganisationen der Vereinten Nationen: Lisa Nowag und Marius Engelhorn

Titelfoto: Falcon@Photography/flickr (CC BY-SA 2.0)

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Oktober 2018

Inhalt

1. Wie China die GfbV in den Vereinten Nationen mundtot machen wollte	3
2. Seit 25 Jahren in den Vereinten Nationen für Menschenrechte aktiv	5
3. Totalitäre Regime fürchten GfbV-Menschenrechtsarbeit	6
4. New York, 21. Mai 2018: 17. Sitzung des Komitees für Nichtregierungsorganisationen der Vereinten Nationen	7

1. Wie China die GfbV in den Vereinten Nationen mundtot machen wollte

Deutsche Außenminister beklagen seit Jahren, dass die Handlungsspielräume von Menschenrechtsorganisationen in autoritär regierten Staaten immer geringer werden. Doch inzwischen gilt dies auch in den Vereinten Nationen.

Diese Erfahrung machen auch in Westeuropa registrierte Nichtregierungsorganisationen wie die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Denn die Vereinten Nationen verwehren von der GfbV akkreditierten Menschenrechtlern den Zutritt zur Weltorganisation. So wurde der Menschenrechtsaktivist Dolkun Isa wiederholt auf der Grundlage von Daten der chinesischen Staatssicherheit abgewiesen, die ohne weitere Überprüfung in das Sicherheitssystem der Vereinten Nationen eingespeist worden waren. Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ berichtete in einem im September 2017 veröffentlichten Report über die Einmischung Chinas und über die Behinderung der Menschenrechtsarbeit der GfbV.

Doch es sollte noch schlimmer kommen! Denn chinesische Diplomaten gehen im Mai 2018 unmittelbar gegen die GfbV vor, um sie aus der Weltorganisation zu verbannen. Tatort New York: Nur wenige Minuten vor Dienstschluss reicht Chinas Botschaft am Freitag vor Pfingsten 2018 einen Antrag auf dauerhaften Entzug unseres beratenden Status in der Weltorganisation ein. Chinas Diplomaten werfen der GfbV einen angeblichen Regelverstoß vor. So sollen wir mit Dolkun Isa einen vermeintlichen „Terroristen“ bei einer UN- Konferenz für indigene Völker akkreditiert haben.

Wir sind irritiert. Denn Dolkun ist deutscher Staatsbürger, lebt seit Jahren in München und ist langjähriges GfbV-Mitglied. Er ist einer der angesehensten uigurischen Menschenrechtler im Exil. Führende Weltmedien wie Newsweek, Time, die BBC und die New York Times zitieren ihn häufig. In Ministerien und Parlamenten in Europas und Asiens Hauptstädten geht er ein und aus. Denn als Präsident der bedeutendsten Exil-Organisation der Uiguren weiß er, von was er spricht. Seit Jahren dokumentiert er die massive Verfolgung der muslimischen Nationalität in China.

Die GfbV engagiert sich seit 23 Jahren für Menschenrechte der Uiguren. Seit Jahren warnen wir vor einer dramatischen Zunahme der Menschenrechtsverletzungen an muslimischen Nationalitäten im Nordwesten Chinas. Als im Frühjahr 2018 der Volksrepublik vorgeworfen wird, bis zu eine Million Uiguren und Kasachen in

illegalen Umerziehungszentren willkürlich festzuhalten und psychischer Folter zu unterziehen, will Chinas Regierung um jeden Preis Kritiker wie Dolkun und die GfbV zum Schweigen zu bringen.

Ein schlechtes Licht auf die Unabhängigkeit der Vereinten Nationen und auf die Behandlung von Nichtregierungsorganisationen hatte bereits Dolkuns Akkreditierung bei dem UN-Forum indigener Völker in New York im April 2018 geworfen. Denn seine Akkreditierung wurde erst nach seiner Anreise nach New York unmittelbar vor Beginn der Konferenz von den Vereinten Nationen in Frage gestellt. Schließlich zog sich seine Registrierung als Konferenzteilnehmer über anderthalb Wochen hin. Mit immer neuen und widersprüchlichen Ankündigungen irritierten das Forum für indigene Völker. Mehrere Botschaften westlicher Staaten setzten sich sehr engagiert für Dolkuns Registrierung ein. Doch auch die Mitarbeiter dieser Botschaften wurden mehrfach mit falschen Erklärungen hingehalten, so dass ein Großteil der Konferenz verstrich, ohne dass Dolkun Isa an den Beratungen teilnehmen konnte. Der Eindruck liegt nahe, dass die Verzögerungen auf Einflussnahme Chinas zurückzuführen waren, da dessen Staatssicherheit um jeden Preis das Arbeits- und Wirkungsfeld des Menschenrechtlers einschränken möchte.

Der Streit um den beratenden Status der GfbV macht deutlich, dass Chinas Regierung nicht mehr nur versucht, einzelne kritische Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen, sondern diese Strategie inzwischen auch gegenüber Nichtregierungsorganisationen anwendet. Der Konflikt zeigt, wie selbstbewusst die Volksrepublik China heute in den Vereinten Nationen auftritt und wie sehr ihr Einfluss dort auch gewachsen ist.

Chinas Versuch, die GfbV für ihr Engagement für verfolgte Uiguren und Kasachen abzustrafen und kurz vor Feierabend an Pfingsten einen Antrag auf Ausschluss der Menschenrechtsorganisation einzubringen, ist besonders pikant: Der Termin ist mit Bedacht gewählt, denn am Pfingstmontag beginnt in New York die alljährliche Sitzung des Komitees für Nichtregierungsorganisationen der Vereinten Nationen. Das Komitee entscheidet über die Gewährung, aber auch über den Entzug des beratenden Status von Nichtregierungsorganisationen in den Vereinten Nationen bei Regelverletzungen. So kann das Komitee anordnen, dass der beratende Status für einen Zeitraum von ein bis drei Jahren oder sogar dauerhaft entzogen wird. China beantragte, uns für immer den beratenden Status zu entziehen. Die China ist sich der Unterstützung der meisten Mitgliedstaaten in dem Komitee sicher, des Komitees missachteten Menschenrechte und verfolgen systematisch Menschenrechtler.

2. Seit 25 Jahren in den Vereinten Nationen für Menschenrechte aktiv

Seit 25 Jahren macht die GfbV dank ihres beratenden Status als Nichtregierungsorganisation bei den Vereinten Nationen jedes Jahr mit Dutzenden Eingaben in der Weltorganisation auf die dramatische Lage bedrohter Völker aufmerksam. Sprecherinnen und Sprechern verfolgter Minderheiten und Nationalitäten bietet sie eine Plattform, um auf ihre oft ignorierten Anliegen aufmerksam zu machen. Sollte dies nun jäh gestoppt werden, weil China Kritiker seiner Regierungspolitik mundtot machen will?

Viele diplomatische Vertretungen von Rechtsstaaten wollten dies nicht akzeptieren und engagierten sich für uns. Chinas Überraschungscoup unmittelbar vor Beginn der Sitzung des Komitees für Nichtregierungsorganisationen war in ihren Augen unfair und ein Generalangriff auf den Wirkungsbereich von Nichtregierungsorganisationen in den Vereinten Nationen. Und so gab es rege Aktivitäten am Pfingstwochenende, um unseren beratenden Status zu retten.

Am Pfingstmontag kommt es dann in dem UN-Komitee zu einem denkwürdigen einstündigen Streitgespräch über den beantragten Entzug unseres beratenden Status zwischen der stellvertretenden US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Kelley Eckels Currie und dem chinesischen Diplomaten Yao Shao Jin. Auch Mitarbeiter der Deutschen Botschaft bei den Vereinten Nationen und der diplomatischen Vertretung der Europäischen Union heben in öffentlichen Erklärungen die Bedeutung der Menschenrechtsarbeit der GfbV hervor und setzen sich für die Beibehaltung unseres Status ein. China bekommt für seinen Vorstoß Unterstützung von Russland, Pakistan, Kuba und dem Iran. Langjährige Beobachter des Komitees zeigen sich verwundert von der Härte, mit der die Diskussion in dem Ausschuss ausgetragen wird. Jegliche diplomatische Etikette wird ignoriert, so dass es zu einem sehr offenen Schlagabtausch kommt. Die Sitzung endet ohne Ergebnis.

Nach vielen internationalen Gesprächen über die Zukunft unseres beratenden Status bei den Vereinten Nationen endet der Streit zehn Tage später mit der Rücknahme des Antrages durch die Volksrepublik China. Doch Chinas Diplomaten kündigen unmissverständlich öffentlich an, unsere Menschenrechtsarbeit in der Weltorganisation noch aufmerksamer zu verfolgen und auszuwerten und gegebenenfalls erneut die Aberkennung unseres beratenden Status zu beantragen.

3. Totalitäre Regime fürchten GfbV-Menschenrechtsarbeit

Der Streit zeigt deutlich, wie sehr unsere Menschenrechtsarbeit für bedrohte Völker von Chinas Regierung wahrgenommen wird und dass man sie in Peking als äußerst störend empfindet. Anders lässt sich der große Aufwand nicht erklären, den die Volksrepublik betreibt, um zu klären, welche Aktivitäten wir in den Vereinten Nationen entfalten und wie sie unsere Menschenrechtsarbeit stoppen kann.

Wir lassen uns aber von China nicht einschüchtern und mundtot machen! Als im September 2018 der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen erneut in Genf tagt, klagen wir die Volksrepublik in einer offiziellen schriftlichen Eingabe der illegalen Verschleppung von bis zu einer Million Uiguren und Kasachen an. Und wir unterstützen mit dem Namen unserer Menschenrechtsorganisation eine Veranstaltung am Rande der Sitzung des Menschenrechtsrates, in der führende Experten die Hintergründe der schweren Menschenrechtsverletzungen an Uiguren und Kasachen erläutern. Einer der Redner bei der von vielen Diplomaten besuchten Veranstaltung ist Dolkun Isa.

Dolkun Isas Fall ist nur ein Beispiel für die zunehmenden Versuche vieler Staaten, die Arbeit unabhängiger Menschenrechtsorganisationen in den Vereinten Nationen zu behindern oder zu vereiteln. Gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen machen wir diese Übergriffe in den Vereinten Nationen zu einem Thema und fordern ein Umdenken. Denn ohne unabhängige und kritische Nichtregierungsorganisationen würden die Vereinten Nationen an Bedeutung verlieren. Nichtregierungsorganisationen geben wichtige Anstöße zu einer dringend überfälligen Reform der Weltorganisation. Die internationale Staatengemeinschaft darf nicht dazu schweigen, wenn die Handlungsspielräume von Nichtregierungsorganisationen in den Vereinten Nationen immer mehr eingeschränkt werden.

4. New York, 21. Mai 2018: 17. Sitzung des Komitees für Nichtregierungsorganisationen der Vereinten Nationen

Das folgende Transkript gibt zwischen den Minuten 36:12 bis 92:13 die Diskussion um den Status der Gesellschaft für bedrohte Völker bei den Vereinten Nationen wider. Wir danken Lisa Nowag und Marius Engelhorn für die Transkription und die Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche

Vorsitzender, Jorge Dotta (36:12 – 36:30):

Ich möchte das Komitee bitten, mit Agenda 7 zu beginnen, der Besprechung von besonderen Reporten. Wir haben bisher keine Reporte erhalten. Der geschätzte Vertreter von China hat das Wort.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (36:31 – 43:57):

Danke, Herr Vorsitzender. Bezüglich dieses Tagesordnungspunktes hat China bereits die Aufhebung des konsultativen Status der Gesellschaft für bedrohte Völker beantragt. In Übereinstimmung mit den Verfahren und Entscheidungen des Komitees haben wir Ihnen bereits eine Verbalnote zukommen lassen. Diese Note wurde den Mitgliedern des Komitees übergeben. Ich bin zuversichtlich, dass alle Mitglieder des Komitees bereits einen Blick darauf werfen konnten. Unsere Verbalnote erklärt deutlich, warum wir für die Aufhebung des konsultativen Status dieser Organisation plädieren. Ich werde nicht wiederholen, was in der Note gesagt wurde. Ich würde stattdessen gerne die folgenden drei Punkte hervorheben.

Erstens hat die Gesellschaft für bedrohte Völker dem Terroristen aus China, Dolkun Isa, erlaubt, an verschiedenen Treffen der UN teilzunehmen, einschließlich des kürzlichen Treffens des UN Forums für Indigene Angelegenheiten. Dolkun wird seit 2003 von der chinesischen Regierung als Terrorist bezeichnet, da er terroristische Aktivitäten angestiftet, geplant, gefördert und betrieben hat und die Befreiung und Finanzierung von Terroristen geplant hat. Er war Vizepräsident der Ost-Turkestan Befreiungsorganisation, die auf der Terrorismusliste des Sicherheitsrates stand. Er hat verschiedenste terroristische Aktivitäten innerhalb Chinas geleitet und gefördert, unter anderem Bombenattentate, Entführungen und Morde. Er ist ein Terrorist in jeglicher Form. Am 14. Dezember 1995 hat er selbst in Ankara in der Türkei offen die Verantwortung für die Planung und Organisation terroristischer Bombenattentate in Xinjiang in China übernommen.

Zweitens haben er und seine Organisation für die Freiheit von Xinjiang demonstriert und nun wirkt er als Präsident des Weltkongresses der Uiguren. Dieser Kongress hat

die Etablierung des sogenannten Ost-Turkestan zum Ziel. Die Arbeit dieser Organisation hat die souveräne und territoriale Integrität Chinas ernsthaft bedroht. Soweit ich weiß, unterstützt die Gesellschaft für bedrohte Völker zudem Taten, welche die souveräne und territoriale Integrität anderer Länder bedrohen. All dies hat gezeigt, dass die Aktivitäten dieser Gesellschaft gegen die Ziele und Prinzipien der UN-Charta verstoßen.

Drittens hat Dolkun Isa seine Teilnahme am Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten vom 5. April hier neu ausgerichtet. Obwohl er über die Gesellschaft für bedrohte Völker registriert war, gab er im Dialog und auf der Liste an, vom Weltkongress der Uiguren gekommen zu sein. Dieser Weltkongress der Uiguren hat keinen konsultativen Status und ist demnach nicht berechtigt, am Dialog teilzunehmen. Die Tat selbst hat gezeigt, dass die Gesellschaft für bedrohte Völker Dolkun Isa in den Dialog geschmuggelt hat.

Alle diese Taten fanden unter Verletzung der Normen und Verfahren der Vereinten Nationen nach dem Beschluss von 1996/31 des ECOSOC-Rates [Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen] statt. Diese Organisation entspricht nicht ihrem konsultativen Status und ist nicht qualifiziert. Daher bitten wir um die Aberkennung dieses Status. Wir hätten schon am ersten Tag dieses Komitees um eine Entscheidung bitten sollen, den Status der Organisation aufzuheben. Allerdings verschieben wir dies, um dem Verfahren und Abläufen des Komitees zu folgen und der Organisation die Möglichkeit einer schriftlichen Antwort auf unsere Vorwürfe zu geben. Wir bitten die Organisation, ihre schriftliche Antwort bis Freitag dieser Woche vorzulegen, um es uns zu ermöglichen, am Freitag eine angemessene Entscheidung zu treffen. Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender, Jorge Dotta (43:58 – 44:52):

Ich danke dem geschätzten Vertreter von China für seinen Beitrag in Übereinstimmung mit den Verfahrensregeln. Die Organisation hat die Möglichkeit zu antworten, sie wird vom Sekretariat kontaktiert werden und am Freitag wird es uns möglich sein, auf dieses Thema erneut einzugehen, wenn wir uns mit spezifischen, offiziellen Berichten beschäftigen. Das ist unser Verständnis der Sachlage und wenn es keine Einwände gibt, werden wir in dieser Weise fortfahren. Und nun werden wir mit unserer Tagesordnung fortfahren. Hat irgendjemand einen Kommentar in diesem Zusammenhang? – Die Vereinigten Staaten haben das Wort.

Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika (44:53 – 48:47):

Vielen Dank Herr Vorsitzender und Danke für den Handlungsablauf, den Sie als Antwort auf die Aussagen Chinas dargelegt haben. Ich würde gerne aus dem Bericht des Generalsekretärs vorlesen. Das ist das Dokument A/HRC/36/31, veröffentlicht am 29. März 2018. Das ist ein Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, das ist kein NGO- oder Pressebericht. Wenn Sie es mir nachsehen, einen Absatz vorzulesen. Es heißt: Am 26. April 2017 wurde ein uigurischer Menschenrechtsaktivist und Mitglied der Organisation der nichtrepräsentierten Nationen und Völker, Herr Dolkun Isa, der am jährlich stattfindenden Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten im Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York teilnahm, aufgrund von empfangenen Informationen von den Vertretern von China bezüglich angeblicher „Sicherheitsgründe“ bis auf weiteres vom Gelände eskortiert. Herr Isa konnte daraufhin seine Teilnahme am Forum nicht fortführen.

Das war letztes Jahr und stammt aus einem Bericht über Repressionen gegen Menschenrechtsaktivisten. Es ist offensichtlich, dass das, was heute passiert, wiederum ein Akt der Repression ist und dass das Komitee gebeten wird, Mittäter dieser Aktivität zu sein. Wir sind sehr besorgt über diese Tat und wir sind sehr besorgt über die Behauptungen, die China aufgestellt hat. Dieser Brief wurde offensichtlich erst sehr spät am Freitagabend verbreitet, so dass viele Delegationen keine Zeit dazu hatten, heute mit vorbereiteten Kommentaren zu erscheinen. Zudem sind wir sicher, dass dieses Individuum [Dolkun Isa] einen Ausweis bekommen hat und [am Forum] teilgenommen hat. Wenn Bedenken aufgekommen wären, sind wir sicher, dass der UN-Sicherheitsdienst seine Aufgabe sehr ernst genommen hätte. Also wäre es eine Sache, die wir Ihnen vorschlagen möchten Herr Vorsitzender, dass Sie den UN-Sicherheitsdienst hierher einladen, um uns die Informationen, die Sie über dieses Individuum [Dolkun Isa] haben, zu erläutern. Denn offensichtlich hat er einen Ausweis bekommen, wie die Chinesen gesagt haben, hat er an dem Forum teilgenommen und das nach den Anschuldigungen des letzten Jahres, die in dem UN eigenen Bericht des Generalsekretärs festgehalten sind. Daher sind wir sehr besorgt über diesen Ansatz, Herr Vorsitzender.

Wir stimmen zu, dass die NGO Zeit braucht, um zu antworten. Daher ist es angemessen, dass sie bis Freitag Zeit haben, um ihre Informationen und ihre Antwort darzulegen und das Komitee sollte den Prozess zulassen und sich die Bedenken anhören. Aber wir glauben auch, dass wir noch verschiedene andere Instanzen anhören müssen, wenn es wirklich terroristische Bedenken gibt. Dann müssen wir alle davon in Kenntnis gesetzt werden. Die Vereinigten Staaten, um in ihrem eigenen Namen zu sprechen, hätte diesem Individuum [Dolkun Isa] kein

Visum gegeben, um in die Vereinigten Staaten zu gelangen, wenn er wirklich vorgehabt hätte, terroristische Aktivitäten zu begehen. Und wir wissen, dass der UN-Sicherheitsdienst uns alle ebenso wenig dem Risiko überlassen hätte, wenn es wirklich eine terroristische Bedrohung gegeben hätte, wie die Chinesen heute behauptet haben. Daher Herr Vorsitzender, würden wir gerne diese Informationen hören und wir würden gerne weitere Beweise erhalten, so dass dieses Komitee kein Mittäter von Repressionen wird. Wir sind sehr besorgt darüber. Und noch einmal, dies erscheint uns als ein sehr klarer Fall, klarer als wir es je erlebt haben. Wir haben den eigenen Bericht des Generalsekretärs hier und wir hoffen, dass sich jedes Mitglied dieses Komitees heute Abend einen Moment Zeit nimmt, sich diesen anzuschauen und zu lesen. Danke.

Vorsitzender, Jorge Dotta (48:48 – 49:16):

Ich danke der geschätzten Vertreterin der Vereinigten Staaten. Und wie Sie wünschen, wird das Sekretariat den Sicherheitsdienst kontaktieren und so werden wir in der Sitzung am Freitag einiges mehr an Informationen zur Verfügung haben, um dieses Thema zu behandeln. Ich sehe keine anderen Mitglieder – ich sehe den Vertreter von China, Sie haben noch einmal das Wort.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (49:17 – 49:21):

Ich denke, Sie sollten die anderen Mitglieder zuerst ihre Beiträge machen lassen.

Vorsitzender, Jorge Dotta (49:22 – 49:30):

Ich sehe nur Deutschland und die Europäische Union. Deutschland, Sie haben das Wort.

Vertreter von Deutschland (49:31 – 53:21):

Danke, Herr Vorsitzender. Also Herr Vorsitzender, wir sind verwundert während der wieder aufgenommenen Sitzung, die heute begonnen hat, so kurzfristig von einem Versuch zu erfahren, der Gesellschaft für bedrohte Völker ihren konsultativen Status abzuerkennen. Lassen Sie mich ein paar Worte sagen, warum wir beantragen würden, diesen Vorschlag zurückzunehmen.

Als Erstes ist die Gesellschaft für bedrohte Völker eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die neben anderer Menschenrechts-Themen als Fürsprecher für ethnisch und religiös bedrohte Minderheiten und indigene Gemeinschaften arbeitet. Sie hat ihren Sitz in Deutschland, erhielt 1993 den konsultativen Status von ECOSOC und hat seitdem an verschiedenen UN-Sitzungen teilgenommen, einschließlich mehrerer Teilnahmen am Permanenten Forum für

Indigene Angelegenheiten. Herr Dolkun Isa wurde als Vertreter der Gesellschaft für bedrohte Völker beim Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten korrekt registriert. Herr Isa ist seit einigen Jahren Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat viele Mitglieder, die Minderheiten oder indigenen Völkern angehören. Es ist absolut gewöhnlich, dass manche zeitgleich Mitglieder anderer Organisationen sind.

Zweitens sind die Anschuldigungen bezüglich terroristischer Aktivitäten oder Verbindungen zu terroristischen Organisationen gegen Herrn Isa nach unserer Meinung unbegründet. Diese Behauptungen werden nun schon seit einiger Zeit gemacht, aber sie wurden nie nachgewiesen. Der UN-Sicherheitsdienst hätte Herrn Isa keinen Ausweis ausgehändigt, wenn es irgendwelche begründeten Sicherheitsrisiken gegeben hätte. Das UN-Sekretariat hat sich auf höchstem Level mit dem Fall beschäftigt und hat keinerlei Gründe gefunden, warum es Herrn Isa nicht erlaubt sein sollte, teilzunehmen. Die sogenannten Beweise, die von einem Mitgliedsstaat vorgelegt wurden, haben sich als irrelevant erwiesen. In gleicher Weise wurde eine sogenannte Red Notice von Interpol, welche keine Verhaftung, aber eine internationale Warnung ist, im Februar nach ernsthaften Beratungen aufgehoben. Herr Isa ist auch ein deutscher Staatsbürger und deutsche Sicherheitsbehörden besitzen keine Information – ich wiederhole keine Information, dass er ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte. All dies gewährleistet den Entzug des konsultativen Status nicht, eher im Gegenteil. Die versuchte Aberkennung des konsultativen Status der Gesellschaft für bedrohte Völker ist ein sehr unglücklicher Versuch von Repression gegen eine NGO, aber auch gegen Herrn Dolkun Isa, dafür, dass sie sich für Menschenrechte aussprechen und Bedenken äußern. Ein vorheriger Versuch, Herrn Isa an der Teilnahme am Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten aufgrund vermeintlicher Sicherheitsgründe zu hindern, hat bereits letztes Jahr stattgefunden und wurde in einem Bericht des Generalsekretärs über Repressionen festgehalten. Wir fordern die Mitglieder dieses Komitees dazu auf, sich der versuchten Aberkennung des Status zu widersetzen. Dieses Komitee kann es sich nicht erlauben, dazu benutzt zu werden, Repressionen gegen NGOs auszutragen, die einfach nur ihr Recht der offenen Ansprache von Menschenrechtsfragen ausüben. Aber wir begrüßen, dass die NGO in Übereinstimmung mit den Regeln angehört wird. Wir feiern dieses Jahr den 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Ich fordere dazu auf, deren Prinzipien zu respektieren und aufrecht zu erhalten. Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender, Jorge Dotta (53:22 – 53:34):

Ich danke dem geschätzten Vertreter von Deutschland für seine Anmerkungen. Nun gebe ich das Wort an den Vertreter der Europäischen Union. Sie haben das Wort, mein Herr.

Vertreter der Europäischen Union (53:35 – 55:03):

Danke, Herr Vorsitzender. Die Europäische Union teilt die starken Bedenken, welche bezüglich des Vorschlags, der Gesellschaft für bedrohte Völker die ECOSOC-Akkreditierung abzuerkennen, geäußert wurden. Diese Bedenken basieren sowohl auf der Art und Weise, wie der Vorschlag vorgetragen wurde, als auch auf dem Gewicht der Beweise, mit dem dieser ausgestattet ist. Das NGO-Komitee wurde Ende letzter Woche nur wenige Stunden vor Beginn der Komitee-Sitzung gebeten, eine Entscheidung basierend auf der perzeptiven Zirkulation der Verbalnote zu treffen. Das ist kein überzeugender Ansatz für solch eine ernste Angelegenheit, wo neue und benötigte Fakten nicht eingeschlossen waren. Der Verlass auf Behauptungen des Terrorismus in Bezug zu einer Organisation, die den ECOSOC-Status seit 1993 trägt, einer Organisation, die sich für Menschenrechtsarbeit einsetzt, die nicht immer auf Zustimmung der Regierungsträger treffen mag, verdient genaue Untersuchung. Wo die Regierungsvertreter – in diesem Falle Deutschlands – solchen schwerwiegenden Vorwürfen keinen Glauben schenken, müssen die Hintergründe solcher Behauptungen in echtem Zweifel sein. Sie sollten sich ebenfalls daran erinnern, dass der Fall von Dolkun Isa im Bericht des Generalsekretärs von 2017 als Beispiel für Repression hervorgehoben wurde – wie bereits erwähnt – in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Vertretern und Mechanismen im Feld der Menschenrechte. Die EU fordert das NGO-Komitee dazu auf, das Treffen einer unpassenden Entscheidung in diesem Fall zu verhindern und von dem Bestreben, der Organisation ihre Akkreditierung abzuerkennen, abzusehen. Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender, Jorge Dotta (55:04 – 55:13):

Ich danke dem geschätzten Vertreter der Europäischen Union für seine Anmerkungen. Ich sehe den geschätzten Vertreter der Russischen Föderation, Sie haben das Wort.

Vertreter von Russland (55:14 – 57:21):

Danke, Herr Vorsitzender und guten Morgen, geschätzte Kollegen. In Bezug zu diesem Fall möchten wir sagen, dass wir sehr sorgfältig zugehört haben und dass wir überprüft haben, was die chinesische Delegation gesagt hat. Wir möchten sagen, dass die Sicht der Delegation von China auf die Gesellschaft für bedrohte

Völker sehr ernst ist und dass es historische Elemente gibt. Wir sind zudem den Argumenten gefolgt, die von den USA und der Europäischen Union hervorgebracht wurden, und wir haben Respekt für den Fakt, dass diese Organisation vielleicht eine wichtige und fruchtbare Rolle in der ECOSOC-Plattform spielt. Allerdings rücken diese Argumente nun in den Hintergrund, da die Organisation, die den konsultativen Status von ECOSOC erhalten hat, damit nicht nur das Recht zur Teilnahme an Sitzungen von ECOSOC und seiner Hilfsorgane hat, sondern auch Eigenverantwortung übernimmt. Verantwortung, die UN-Charta und die Sicherheitsvorkehrungen zu überprüfen, die in keinem Fall erlauben, dass Menschen unter einem sogenannten Schirm hindurchkommen, die in terroristische Aktivitäten involviert sind. Wir nehmen dies sehr ernst in den Blick und wir würden gerne der Delegation aus China für ihre Flexibilität danken, wenn es um den Fakt geht, dass sie nun bis Freitag Zeit haben, mit der Organisation in Verbindung zu treten. Wir denken, dass dies ein korrekter Ansatz ist und wenn es irgendeine erneute Bestätigung gibt für das, was gesagt wurde, werden wir gegen die Vergabe des konsultativen Status vorgehen müssen. Danke.

Vorsitzender, Jorge Dotta (57:22 – 57:36):

Ich danke dem geschätzten Vertreter der Russischen Föderation für seinen Beitrag. Auf meiner Liste sehe ich Pakistan, Kuba und Israel. Pakistan hat das Wort.

Vertreter von Pakistan (57:37 – 59:09):

Vielen Dank und guten Morgen an die Kollegen. Meine Delegation hat der Diskussion zugehört, die in dieser Kammer abläuft. Wir bleiben besorgt, dass eine Delegation hier einen sehr schweren Vorwurf bezüglich der Aktivitäten einer Organisation geäußert hat, die bereits über den konsultativen Status verfügt. Wir glauben, dass Beschuldigungen wie Terrorismus nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollten, auch wenn eine NGO einen konsultativen Status hat. Daher stimmen wir mit dem Ansatz überein, den die chinesischen Kollegen dem Komitee empfohlen haben, dass wir der Organisation Zeit zum Antworten lassen müssen. Dabei glauben wir nicht nur dem Prinzip von Transparenz, sondern auch dem Gerichtsprozess Folge zu leisten. Denn wenn es Anschuldigungen gibt, die in Bezug auf Terrorismus ernst zu nehmen sind, müssen sie nach einer Antwort gefragt werden. Gleichzeitig möchten wir das Komitee dazu auffordern, die Debatte nicht politisch werden zu lassen. Wir verstehen, dass die Angelegenheiten von Menschenrechtsaktivisten wichtig sind, aber manchmal geht die Diskussion darüber in eine andere Dimension über. Aber wir können bis Freitag warten, da wir der Organisation Zeit gegeben haben und wir können die Debatte daraufhin fortsetzen. Aber zu diesem Zeitpunkt eine politische Debatte daraus zu machen,

wird nicht dem besten Interesse dieses Komitees entsprechen. Also das ist unsere derzeitige Auffassung. Danke.

Vorsitzender, Jorge Dotta (59:10 – 59:22):

Ich danke dem geschätzten Vertreter von Pakistan für seinen Beitrag. Ich rufe den geschätzten Vertreter von Kuba auf.

Vertreter von Cuba (59:23 – 61:44):

Vielen Dank, mein Herr. Meine Delegation hat die Verbalnote, die von der chinesischen Delegation am Freitagnachmittag an die Mitglieder des Komitees übergeben wurde, sehr ernst genommen. Die Situation, in der wir sind, ist die folgende. Wir müssen die Verantwortung des Komitees sehr ernst nehmen. Wir haben einige Delegationen gehört, die sich bezüglich des Ablaufes der Dinge auf Verfahrensfehler und dazu auf Unangemessenheit berufen haben. Soweit es die Verbalnote betrifft, haben wir festgestellt, dass sowohl die Präsentation als auch die Zirkulation der Note durch das Sekretariat die Regeln und Abläufe des Komitees in strikter Weise befolgt. In früheren Situationen war dies der Weg, wie die Dinge geregelt wurden. Auf diesem Wege sind die Mitglieder des Komitees über den Antrag informiert. Daher verstehen wir nicht, warum einige Delegationen gesagt haben, dass der Ablauf unangemessen ist. Zudem wollen wir der Delegation aus China in Übereinstimmung mit der Praxis dieses Komitees danken. Sie versuchen nicht, die Mitglieder des Komitees unter Druck zu setzen, um heute eine Entscheidung zu treffen, nein. Nach unserem Verständnis agiert die Delegation aus China in Übereinstimmung mit dem Verfahren, indem sie den Delegationen Zeit gibt, sodass jeder Informationen erhalten kann, um herauszufinden, was wichtig ist und dies an seine Hauptstadt vermittelt. Dies geschieht unter vollständigem Einhalten des Verfahrens dieses Komitees. Noch einmal möchten wir der Delegation aus China danken, wir betrachten die Informationen der Verbalnote sehr ernsthaft und am Freitag werden wir vorbereitet sein, um eine Entscheidung zu treffen. Danke.

Vorsitzender, Jorge Dotta (61:45 – 61:52):

Ich danke dem geschätzten Kollegen aus Kuba für seinen Beitrag. Ich bitte die geschätzte Delegation aus Israel zu Wort.

Vertreter von Israel (61:53 – 62:20):

Danke, Herr Vorsitzender. Ich werde mich kurzfassen. Ich möchte nur den USA und Deutschland für ihre Erläuterungen danken und dafür, dass sie ihre Informationen über ihre Sicht auf diese NGO mit uns geteilt haben. Ich stimme dem Vorschlag der

USA zu, die Diskussion auf Freitag zu verschieben, bis dahin haben wir mehr Zeit, die von China präsentierten Anschuldigungen zu prüfen. Danke.

Vorsitzender, Jorge Dotta (62:21 – 62:34):

Ich danke der geschätzten Delegation aus Israel. Iran ist auf meiner Liste und eine Zahl anderer sind ebenfalls auf meiner Liste. Iran hat das Wort.

Vertreter des Iran (63:35 – 64:35):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde mich auch sehr kurzfassen. Ich denke, dass der Antrag und die Bedenken der Mitgliedstaaten, Terrorismus und die Aktivitäten einer NGO betreffend, von dem Komitee sehr ernst genommen werden sollten. Der Status einer NGO soll und darf das NGO-Komitee nicht davon abhalten, die Aktivitäten einer NGO, deren Status auf den Bestimmungen der Resolution 1996/81 basiert, zu überprüfen. Und wir schätzen Chinas Ansatz, uns die Möglichkeit zu geben, eine Antwort der NGO, die Bedenken betreffend zu hören. Und dann sollte das NGO-Komitee natürlich angemessene Maßnahmen einleiten. Wir sollten hier keine Themen vermischen. Tatsächlich sind die Themen Repression und Terrorismus nicht gleichzusetzen und Mitgliedsstaaten sollten sehr vorsichtig sein, wenn sie Argumente gegen legitime Bedenken von Mitgliedsstaaten vorbringen. Und leider haben wir schon Mitglieder von einigen bekannten terroristischen Organisationen frei aktiv in Ländern gesehen, die sich jetzt anders äußern. Und dies lässt unsere Besorgnis wachsen und bestätigt unsere Sichtweise, dass den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben werden sollte, eine Entscheidung über die nicht angemessenen Aktivitäten der genannten NGO, mit ECOSOC-Status, zu fällen. Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (64:40 – 64:51):

Ich danke dem geschätzten Vertreter der Islamischen Republik Iran für seinen Beitrag. Der geschätzte Vertreter von China hat das Wort.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (64:54 – 65:17):

Danke, Herr Vorsitzender. Ihr [USA] Botschafter ist nun bereit zu sprechen, denke ich? Ich denke, wir sollten ihr zuerst zuhören. Ich werde später sprechen.

Vorsitzender, Jorge Dotta (65:20 – 65:27):

Der geschätzte Vertreter von China hat das Wort. Danach die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (65:31 – 76:11):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich für die Beiträge der Mitglieder des Komitees inklusive Deutschlands und der EU bedanken. Zunächst einmal haben wir verfahrenstechnisch am Freitagmorgen die Verbalnote versendet. Wir haben die Note versendet und stimmen nun zu, der Organisation die Möglichkeit zu geben, eine schriftliche Antwort zu liefern. Daher sind wir der Meinung, dass wir im Einklang mit den Regeln und Verfahrensweisen dieses Komitees handeln.

Zweitens, für die Kollegin aus Israel: Ich hoffe Sie hören sich nicht nur die Beiträge Deutschlands und der EU an. Sie sollten sich auch genau unsere Note anschauen. Es wird aus unserer Note offensichtlich. Die erklärten Absichten dieses Individuums und der Organisation sind terroristische Aktivitäten oder die Unterstützung von terroristischen Aktivitäten. Es gab Aussagen und Handlungen, die die territoriale Integrität und Souveränität von Mitgliedsstaaten untergraben haben.

Drittens, als er [Dolkun Isa] an UN-Treffen teilgenommen hat, hat er Regeln der UN verletzt. Es gab also einen Schaden durch ihn. Ich denke daher, dass es von uns berechtigt ist zu fordern, dass dieser Organisation der beratende Status entzogen wird. Die Anfrage von China hat nichts mit Repressionen zu tun. Was wir hier fordern, ist den Zweck und die Prinzipien der Vereinten Nationen und die Regeln der UN zu verteidigen. Der Zweck ist außerdem, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, ebenso wie die Sicherheit der UN. Die US-Delegierte hat den Bericht des Generalsekretärs erwähnt. Wir wissen, wer diesen Bericht verfasst hat. Der Entwurf dieses Berichts wird als Repressalien-Koordinator bezeichnet. Aus dieser Position heraus versucht das Individuum [Dolkun Isa] sein Mandat auszuweiten und sieht aus seiner Perspektive alles als Repression. Ein englisches Sprichwort geht folgendermaßen: Wenn man einen Hammer hat, sieht alles aus wie ein Nagel. Ich denke so verhält es sich auch mit dem Koordinator. Daher denken wir hat es [die Forderung] nichts mit Repressionen zu tun.

Viertens, die US-Vertreterin sagte, dass die USA dem Individuum ein Visum ausgestellt hat. Das würde bedeuten, er ist kein Sicherheitsrisiko. Wenn man sich die Geschichte einmal anschaut, so sieht man, dass es auf dem Grund und Boden der USA schon viele terroristische Aktivitäten gab. Was ist mit terroristischen Verbrechen, die vielleicht amerikanische Staatsbürger sind oder denen auch ein US-Visum gewährt wurde? Daher bedeutet es nicht zwangsläufig, dass dieses Individuum keine Gefahr darstellt, wenn es ein US-Visum erhalten hat.

Dann hat der deutsche Botschafter gesagt, er [Dolkun Isa] wäre deutscher Staatsbürger. Das war, nachdem er nach Deutschland gegangen war. Bevor er China verlassen hatte, verübte er viele Straftaten. Er wird mit vielen terroristischen Vorfällen in Verbindung gebracht. Entweder besitzen die Deutschen darüber keine Kenntnis oder sie denken anders darüber. Aber auch wenn er einen deutschen Pass besitzt, bedeutet das nicht, dass er risikofrei ist. Von deutschen Zeitungen haben wir gelernt, dass es viele Individuen gab, die von Deutschland aus nach Syrien oder in den Irak reisten, um sich ISIS anzuschließen. Ungefähr 140 und mehr Personen. Davon waren ca. zwei Drittel deutsche Staatsbürger. Daher kann man nicht sagen, dass er, nur weil er deutscher Staatsbürger ist oder einen deutschen Pass hat, kein Terrorist ist oder kein Sicherheitsrisiko darstelle.

Wo wir gerade von Terrorismusbekämpfung sprechen: Wir glauben, dass es bei Terrorismusbekämpfung wichtig ist, Doppelstandards zu vermeiden. Manche Individuen stellen keine Bedrohung für Deutschland oder die USA dar. Dies bedeutet aber nicht, dass er oder sie kein Terrorist sein kann. Denn dieses Individuum kann eine Bedrohung für China oder andere Länder darstellen. Daher sollten wir einheitliche Standards haben und dann, basierend auf diesen Standards, entscheiden, ob jemand ein Terrorist ist. Und dann sollten wir mit demselben Standard auf Interessen eingehen. Wenn dieses Individuum ein Sicherheitsrisiko für bestimmte Länder darstellt, so scheint dies im Interesse anderer Länder zu sein. Dann werden diese Individuen als Menschenrechts-kämpfer beschrieben oder definiert. Dieses Individuum ruft auf seinen eigenen Seiten in sozialen Medien zu einem so genannten „heiligen Krieg“ gegen China auf. Wir können all diese Beweise auf seinen Social-Media-Seiten finden. Wir hoffen, dass Länder wie die USA und Deutschland es vermeiden würden, Doppelstandards zu benutzen oder durch gefärbte Brillen zu schauen, wenn sie auf diese Individuen schauen. Ich hoffe sie können sorgfältig unterscheiden, ob das, was wir sagen wahr ist oder nicht.

Der letzte Punkt: Der deutsche Botschafter hat gerade erwähnt, dass die von Interpol herausgegebene „Red Notice“ gegen dieses Individuum annulliert wurde. Nach unserem Wissen wurde die Annullierung durch den Generalsekretär [von Interpol], einen Deutschen, und den Direktor der Rechtsabteilung von Interpol, einen Amerikaner, initiiert. Und während sie das taten, haben sie sich nicht wirklich mit anderen Mitgliedsstaaten, geschweige denn mit China abgesprochen. Dies geschah aus reinen politischen Motivationen heraus.

Als Mitglied dieses Komitees haben wir diese Befürchtungen und wir machen uns Sorgen. Gleichzeitig geben wir der Organisation die Möglichkeit, eine

Stellungnahme zu verfassen. Daher habe ich die Hoffnung, dass das Komitee nicht nervös wird und in professioneller und verantwortungsvoller Art und Weise dieses Thema nicht zu einer politischen Angelegenheit macht. Daher lassen sie uns bis Freitag warten und dann werden wir die Aufhebung ernsthaft angehen. Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (76:15 – 76:25):

Ich danke dem geschätzten Vertreter der Volksrepublik China für seinen Beitrag. Ich rufe nun die geschätzte Vertreterin der Vereinigten Staaten auf.

Die Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika, Kelley Eckels Currie (76:28 – 82:00):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Dies ist ein sehr trauriger und enttäuschender Tag, dieses Komitee und insbesondere Mitglieder dieses Komitees zu sehen, die eigentlich die Werte des Islams hochhalten und nun heute die Islamophobie der chinesischen Delegation mittragen. In dieser werden die Bemühungen eines Individuums, welches sich für die Verbesserung der Religionsfreiheit und der Menschenrechte einer verfolgten Minderheit in China einsetzt, mit Terrorismus verglichen, ohne dafür begründete Beweise zu liefern.

Und ich möchte hier aus der Resolution des NGO-Komitees zitieren. Und diese sieht vor, dass es begründete Beweise geben muss. Dies gehört auch zu den Regeln dieses Komitees. Beweise müssen begründet sein! Es scheint den Glauben zu geben, die USA würde ihre Verantwortung als Gastgeberland des UNO-Hauptquartiers nicht ernst nehmen. Das wir einfach Terroristen in die Vereinigten Staaten lassen, damit diese hier zur UN kommen und rumhängen können, ohne dass wir auf die Sicherheit unserer eigenen Staatsbürger achten. Wir haben uns dies schon seit vielen Jahren von der chinesischen Regierung anhören müssen. Dieselben Anschuldigungen gegen dieses Individuum und diese Organisation, dass er zu dem Weltkongress der Uiguren gehört, und dieselbe Art von Anschuldigungen, die nun auch in dieser Verbalnote gemacht wurden. Wir haben sie mehrfach gebeten, uns Beweise zu liefern, die diese Anschuldigungen begründen. Zu keinem Zeitpunkt haben sie uns nachvollziehbare Dinge gezeigt, die ein Anzeichen dafür wären, dass das wahr ist, was sie sagen. Zu keinem Zeitpunkt!

Daher haben die Vereinigten Staaten Herrn Isa, einem guten deutschen Staatsbürger mit keinerlei Vorstrafenregister, ein 10-Jahres-Geschäftsvisum für die USA ausgestellt. Beamte der Vereinigten Staaten treffen sich regelmäßig mit Herrn Isa. Glaubt denn irgendjemand in diesem Raum, dass wenn Herr Isa wirklich ein Terrorist wäre, verantwortlich für die vielen Taten, die ihm und der Organisation

[die GfbV] von der chinesischen Regierung vorgeworfen werden – wir haben Truppen an der Front, junge amerikanische Männer und Frauen an der Front in Syrien in diesem Moment, die ISIS und Jihadistische Extremisten bekämpfen – glaubt denn hier wirklich jemand, wir würden dann dieses Individuum in unser Land lassen und ihm erlauben, sich hier frei zu bewegen? Das können sie doch nicht ernst meinen!

Dies ist eindeutig ein Fall in dem die chinesische Regierung ihre Position und ihre Freunde in diesem Komitee ausnutzt, um Repressionen gegen dieses Individuum zu erwirken. Ich würde gerne aus einem Leitartikel der Washington Post vorlesen, in diesem wird beschrieben, wie China die Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang behandelt: China unternimmt eine abstoßende Kampagne, um die Identität einer Minderheit, der uigurischen Muslime von Xinjiang, einer Region im äußersten Nordwesten, zu zerstören. Es gibt einige gut dokumentierte Artikel darüber und dieser Leitartikel zitiert sie folgendermaßen: In einer Serie kürzlich erschienener Interviews in der Post [Washington Post] und der Associated Press haben ehemalige Gefangene in Lagern von Gehirnwäschemassnahmen berichtet. Auch sollten sie ihre uigurische Kultur als rückständig denunzieren, ihrem Muslimischen Glauben abschwören und sich dafür entschuldigen, lange Kleidung zu tragen, ihren Kindern den Koran beizubringen und von einem Imam einen Namen für ihre Kinder zu erhalten. Viele dieser Berichte wurden durch Beschaffungsanfragen auf chinesischen Regierungs-Webseiten dokumentiert. Auf diesen wurden Firmen dazu aufgerufen, Angebote für den Bau von Konzentrationslagern – Entschuldigung – von „Umerziehungslagern“ vorzulegen, die die Chinesen dazu nutzen, zwischen mehreren hunderttausend und einer Million uigurischen Staatsangehörigen Chinas umzuerziehen. Darum geht es heute.

Lassen sie uns bitte nicht verwechseln, worüber wir heute sprechen. Es geht hier nicht um die Gesellschaft für bedrohte Völker und ihren Beitrag für die Vereinten Nationen. Es geht hier um deren Kühnheit, einem Individuum – ehrlich gesagt sogar um eine ganze Gemeinschaft, welche in China zum Schweigen gebracht wird – die Möglichkeit zu geben, im Namen seiner Gemeinschaft für deren Rechte zu sprechen. Ist dies nicht, worum es bei der UN geht? Ist diese ganze Organisation nicht auch dazu da, auch Selbstbestimmung zu fördern? Ich denke, wir schulden es uns selbst und diesem Komitee, dass wir die Chinesen fragen, ob sie echte Beweise für die Schuld dieses Individuums haben, an den Taten, die ihm vorgeworfen werden, beteiligt gewesen zu sein. Dann sollten sie diese der DSS [Defense Security Service/Verteidigungssicherheitsdienst] übermitteln, damit Sorge getragen wird,

dass ihm nie wieder erlaubt wird, an UN-Sitzungen mitzuwirken oder in die Vereinigten Staaten einzureisen, aber bislang haben sie dies nicht geschafft.

Daher ist es völlig inakzeptabel, heute der Gesellschaft für bedrohte Völker, einer langjährigen, hoch angesehenen NGO vorzuwerfen, einen Terroristen zu beherbergen und Terrorismus zu unterstützen. Das ist einfach unverschämt! Ich hoffe die Chinesen entwickeln dafür ein Gespür und ziehen ihren Antrag zurück, bevor das hier noch weitergeht. Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (82:02 – 82:11):

Ich danke der geschätzten Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika für ihren Beitrag. Ich rufe nun das Vereinigte Königreich. Sie haben das Wort.

Vertreter des Vereinigten Königreichs (82:14 – 82:42):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lassen sie mich von Beginn an sagen, dass sich das Vereinigte Königreich dem Beitrag, vorgetragen von der Europäischen Union, anschließt. Ich möchte nur sehr kurz als Beobachter dieses Komitees sagen, dass es sehr unglücklich wäre, zu sehen, wie es sich mit Lichtgeschwindigkeit bewegt, wenn es um den Versuch geht, eine Akkreditierung zu entziehen und gleichzeitig sehr langsam ist, wenn es darüber beratschlagt, eine neue Akkreditierung auszustellen, besonders in dem Fall von NGOs, die sich mit Menschenrechten beschäftigen. Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (82:52 – 83:04):

Ich danke dem Vertreter des Vereinigten Königreichs für seinen Beitrag. Ich rufe nun noch einmal den geschätzten Vertreter der Volksrepublik China auf.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (83:07 – 84:15):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe dem sehr leidenschaftlichen Beitrag der Botschafterin Kelley sehr genau zugehört. Ich kann verstehen, warum sie so leidenschaftlich war, warum sie so emotional war. Denn soweit ich weiß – ich weiß nicht ob diese Informationen stimmen – war sie, bevor sie Botschafterin wurde, Teil des sogenannten Xinjiang-Projekts, welches von einem Thinktank in den Vereinigten Staaten initiiert wurde. Dieses so genannte Xinjiang-Projekt hatte zum Ziel, die separatistischen Bewegungen für die Unabhängigkeit Xinjiangs zu unterstützen. Und ich vermute, sie hat engen Kontakt zu diesen Menschen.

Vorsitzender, Jorge Dotta (84:16 – 84:17):

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika (84:27 – 85:05):

Danke, Herr Vorsitzender. Ich denke, wir haben gerade ein neues Tief in diesem Komitee erreicht, aber eine persönliche Attacke gegen die US-Botschafterin zu starten ist völlig unpassend. Wenn der chinesische Vertreter über den Inhalt seiner Beschwerde über eine NGO oder irgendetwas Relevantes reden möchte, so soll er fortfahren. Aber eine persönliche Attacke gegen die US-Botschafterin zu starten, ist völlig unpassend und ich hoffe Herr Vorsitzender, dass sie dies nicht in dieser Kammer erlauben werden. Ich habe noch nie eine so vollkommene Respektlosigkeit in all meinen Jahren in diesem NGO-Komitee gesehen! Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (85:08 – 85:51):

Ich danke der geschätzten Vertreterin der Vereinigten Staaten. Ich möchte den geschätzten Vertreter der Volksrepublik China bitten, sich auf die konkreten Aspekte seiner Informationen über diese NGO zu beschränken, und ihn bitten, sich nicht auf andere Gebiete zu begeben, die mit dieser Sache nichts zu tun haben. Bitte berücksichtigen Sie alles, was in diesem Komitee bezüglich des Entzuges des Status dieser NGO gesagt wurde. Aber wir dürfen dies nicht zu einer politischen Diskussion machen. Vielen Dank.

Vertreter von China, Yao Shao Jin (85:52 – 91:10):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich denke nicht, dass dies eine persönliche Attacke gegen Sie von meiner Seite aus war.

Als nächstes möchte ich über genaue Informationen sprechen. Zunächst hat die Botschafterin die so genannte Diskriminierung gegen ethnische Minderheiten durch die chinesische Regierung angesprochen. Zudem hat sie ein sehr schlechtes Wort benutzt. Das war ihre Art, nennen sie mir andere Personen, um zu zeigen, dass sie politisch recht hatte. Indem sie Leute beschimpft. Die chinesische Regierung achtet darauf, die Rechte aller ethnischen Minderheiten, inklusive die der Uiguren zu schützen. Wir respektieren ihre Religionsfreiheit und wir respektieren ihr Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir investieren viel um das sozioökonomische Wachstum der ethnischen Minderheiten zu stärken.

Die Uiguren und andere ethnische Minderheiten in Xinjiang haben den besten Schutz ihrer Menschenrechte in der Geschichte. Gerade eben hat die Botschafterin einen Leitartikel vorgelesen, aber wir alle wissen, dass diese sogenannten Medien lange Befangenheiten gegenüber China hatten. Sie fokussieren sich auf den Kampf gegen China, anstatt eine umfassende und objektive Perspektive beim Zeichnen eines Bildes von China einzunehmen. Und diese Fakten in dem Leitartikel sind

unbegründet und nur Hörensagen. Vor langer Zeit schon haben wir das Programm der Umerziehung durch Arbeit abgeschafft. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass sie dauernd gesagt hat, sie hoffe China könnte Beweise vorlegen. Tatsächlich haben wir viele Beweise, viele Informationen eingereicht. Aber wie ich eben erwähnt habe, werden diese Informationen und Beweise, die von China eingereicht wurden, aufgrund der Doppelstandards, die von einigen Ländern bei der Terrorismusbekämpfung angewandt werden, nicht genau angeschaut oder sogar ignoriert. Denn die Personen wissen, dass diese Person [Dolgun Isa] kein Sicherheitsrisiko für sie darstellt. Aber diese Person und diese Organisation beteiligen sich an kriminellen Aktivitäten in China. Dies alles ist Beweis genug, dass sie ein Sicherheitsrisiko für China und andere Länder darstellen.

Daher ist das kritische Thema hier, dass sie das Thema politisieren, wenn es um Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte geht. Und sie wenden Doppelstandards an. Und diese Dinge sind nicht gut für sie, sie beharren auf ihren Prinzipien, ihren so genannten Prinzipien. Aber wenn es für China oder für andere Länder, welche nicht ihre Freunde sind, von Vorteil ist, verzerren sie die Fakten. Ich denke, wir müssen diese Diskussion wieder auf den richtigen Pfad im Einklang mit den Regeln und Abläufen dieses Komitees führen. Und wir können bis Freitag warten, bis wir eine Diskussion über dieses Thema führen, anstatt dieses Thema zu politisieren und zu emotional zu werden. Vielen Dank.

Vorsitzender, Jorge Dotta (91:13 – 92:13):

Ich danke dem geschätzten Vertreter von China für seinen Beitrag. Ich hätte es gern, wenn sich das Komitee nach unseren Regeln und Abläufen richtet. Wir sollten diese Kammer nicht in einen Debattierclub verwandeln. Nein, hier sind viele Meinungen und viele Länder. Die Situation ist sehr ernst. Was wir überlegen, ist sehr ernst. Ich habe, wenn ich es richtig verstanden habe, viele Argumente von verschiedenen Seiten gehört und ich denke, wir haben das Thema ausgereizt. Wir haben genug gemacht. Wir haben genug gesagt. Und ich denke, wir haben jetzt all die Informationen die wir brauchen, um diese Situation am Freitag zu analysieren, wie wir es geplant haben. Geschätzte Vertreter, ich würde Sie nun bitten, zu Punkt 6 der Tagesordnung zu wechseln.

Chinas neues politisches Selbstbewusstsein

Frz 16. 2018

Der Fall eines uigurischen Aktivisten zeigt, wie Peking sein Verständnis von Menschenrechten durchsetzt – sogar vor den UN / Von Friederike Böge

PEKING, 1. Juni. Zwanzig Jahre lang hat China den deutschen Aktivisten Dolkun Isa mit unfehlbarer Hilfe der Interpol verfolgt lassen. Sein Name stand auf einer sogenannten roten Ausschreibungsliste, auf der Personen verzeichnet sind, die auf Bitten von Mitgliedsländern lokalisiert und festgenommen werden sollen. Dann, im Februar dieses Jahres, entschied Interpol, dass das nicht rechtens sei. Seither setzt Peking alle Hebel in Bewegung, um den Mann mit anderen Mitteln mundtot zu machen. Dabei schreckt es auch vor schweren Vorwürfen gegen Deutschland nicht zurück. Der Fall zeigt, wie China seinen wachsenden Einfluss bei den Vereinten Nationen nutzt, um gemeinsam mit Russland sein Verständnis von Menschenrechten in internationalen Grenzen durchzusetzen.

In einer Sitzung des UN-Unterrusschusses für Nichtregierungsorganisationen brach der Streit am 21. Mai offen aus. Der chinesische Diplomat Yao Shaojun bezieht die deutschen Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock, gemeinsam mit dem Direktor der Rechtsabteilung von Interpol, einem Amerikaner, eine „Black-Box-Operation“ durchgeführt zu haben, ohne die Mitgliedsstaaten zu konsultieren. Aus „politischen Motiven“ habe er dafür gesagt, dass „ein Terrorist“ – gemeint war der Aktivist Dolkun Isa – von einer Interpol-Liste gestrichen worden sei. Isa ist deutscher Staatsbürger und leidet von München aus den Dschihadband Weltkongress der Uiguren, der sich für ein Selbstbestimmungsrecht der im Westen Chinas lebenden Uiguren einsetzt.

Am 21. Februar hatte Interpol dem Aktivisten schriftlich mitgeteilt, dass er „von heute an“ keiner roten Ausschreibungsliste mehr unterliege. In der offiziellen Begründung heißt es, die Kommission für die Kontrolle der Interpol-Akten komme zu dem Schluss, dass der Fall „hauptsächlich politischer Dimension“ sei und die Interpol daher laut ihrer Verfassung nicht tätig werden dürfe. Dieser Auffassung sei auch das Bundeskriminalamt. Die von China vorgelegten Informationen genügen nicht den Erfordernissen, heißt es in dem Dokument weiter. Das ist besonders delikat, denn Präsident von Interpol ist ausgerechnet ein Chinese, Meng Hongwei.

In der besagten Sitzung des UN-Ausschusses am 21. Mai versuchte China es nun mit einem anderen Mittel: Es beantragte, der deutschen Organisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“, der Dolkun Isa angehört, den „beratenden Status“ bei den UN abzuerkennen. In der Sitzung waren die Rollen klar verteilt: Auf der einen Seite standen Deutschland, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten. Auf der anderen Seite China, Russland, Iran, Kuba und Pakistan. Es

war eine bemerkenswerte Debatte, in der Sätze fielen wie „Heute ist ein sehr trauriger und enttäuschender Tag“ und „Die Vereinten Nationen haben einen neuen Tiefpunkt erreicht“.

Als Anlass für den Antrag auf Ausschluss der deutschen Organisation dient die China eine Rede Dolkun Iss in einem UN-Forum für die Rechte indigener Völker. Es ging darin um die Lage der Uiguren im Westen Chinas, um „Umerziehungslager“ und massive Einschränkungen der Religionsfreiheit. China hatte die hauseigenen Sicherheitsbehörden der UN eingeschaltet und versucht, Isa „aus Sichtheitsgründen“ den Zugang zu dem Forum zu verweigern.

Nachdem das misslungen war, ging China gegen die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ vor, denn sie hatte Isa als Repräsentanten bei dem Forum angemeldet. In der Begründung des chinesischen Antrags heißt es, der Weltkongress der Uiguren, dessen Präsident Dolkun Isa ist, sei ein politischer Arm der „East Turkestan Islamic Movement“, die seit 2002 auf einer UN-Sanktionsliste als Verbündeter von Al-Qaida, Usama Bin-Ladin oder den Taliban verzeichnet ist. Auch sei der Weltkongress daran beteiligt, chinesische Staatsbürger nach Syrien in den Dschihad zu schicken. Isa persönlich, so behauptet China, habe in dem Land Bombenanschläge und Morde geplant.

Dolkun Isa ist im Besitz eines zehnjährigen Visums für die Vereinigten Staaten. Er trifft sich regelmäßig mit amerikanischen Regierungsvertretern. Die zehnjährige amerikanische Botschafterin, Kerry Currie, fragte in der Sitzung der UN: „Glauben Sie wirklich, wir würden ihn einladen und frei herumreisen lassen, wenn er für all diese Akte verantwortlich wäre? Jetzt hören Sie doch auf.“ Die Diplomatin konnte ihre Wut kaum verbergen. „Zu keinem Zeitpunkt“ habe China Beweise oder „nutzbare Geheimdienstkenntnisse“ vorgelegt, um seine Vorwürfe zu belegen. Currie zog einen Artikel der Zeitung „Washington Post“ aus ihrer Akte und las vor: In Xinjiang finde gerade eine „Kampagne zur Zerstörung der Identität einer Minderheit“ statt. Hunderttausende Uiguren säßen in Umerziehungslagern ein. Currie nahm gar das Wort „Konzentrationslager“ in den Mund. „Daran geht es hier.“

Ähnlich äußerte sich der deutsche Vertreter Conrad Häbler: „Deutsche Sicherheitsbehörden haben keinerlei Informationen, ich wiederhole, keinerlei Informationen, dass Herr Isa eine Sicherheitsbedrohung darstellen könnte“, sagte er in der öffentlichen Sitzung. Der chinesische Antrag sei vielmehr ein bedauerlicher Versuch der Repression gegen eine Nichtregierungsorganisation und gegen Dolkun Isa für seine Menschenrechtsarbeit.

Chinas Vertreter zog daraufhin die Erkenntnisse seines Landes über das Vorleben der amerikanischen Botschafterin Currie aus den Akten. Sie habe früher für das amerikanische „Xinjiang Project“ gearbeitet. „Ich vermute, sie hat enge Kontakte zu diesen Leuten.“ Noch nie aber in der Geschichte seien die Menschenrechte der Uiguren so gut geschützt worden wie heute. Deutschland und Amerika wart der Diplomat vor, die „Fakten zu vertuschen“, wenn es um China oder Länder gehe, die nicht ihre Freunde seien. Manche Länder würden Leute, die eine Terrorgefahr für China darstellen, als „Menschenrechtsverteidiger“ betrachten. In chinesischen Staatsmedien lassen sich solche Argumente regelmäßig nachlesen, aber aus dem Mund von Diplomaten in einer öffentlichen Sitzung sind sie Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins, mit dem China besonders seit dem 19. Paritätstag vom Oktober 2017 auf internationaler Bühne auftritt.

In dieser Woche zog China den Antrag gegen die Gesellschaft für bedrohte Völker zurück. Die Organisation zeigte sich erleichtert, aber nicht beruhigt. Der Einfluss autoritär regierter Staaten nimmt in der Weltorganisation immer weiter zu“, sagte der Direktor der Organisation, Ulrich DeLius. „Nichtregierungsorganisationen dürfen nicht willkürlich mundtot gemacht werden, nur weil sie auf schwere Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen.“